

Nein zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Haseloffs Äußerungen nicht akzeptabel

Als nicht akzeptabel bezeichnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Landeswirtschaftsminister Haseloff auf die Energiekonzern-Forderung eingeht, den Ausstieg aus der Atomenergienutzung zu verschieben. "Angesichts der jüngsten Störfälle sind die Verlautbarungen des Ministers sehr unpassend. Haseloff muss sich den Vorwurf gefallen lassen, vorrangig die Interessen des profitorientierten Konzerns Vattenfall zu vertreten als an einer Lösung der Energiefrage für die Zukunft interessiert zu sein", so Dorothea Frederking, Mitglied des Landesvorstandes und energiepolitische Sprecherin.

Mit lange betriebenen Atomkraftwerken könne nach Abschreibung sehr viel Geld gemacht werden. "Energiekonzerne ziehen alle Register, um solche Anlagen laufen zu lassen. Gut für sie, wenn sich willfährige Minister finden", so Frederking. Dass Vattenfall Laufzeitverlängerungen bei Atomkraftwerken als Bedingung stelle, um den CO₂-Ausstoß bei der Kohleverstromung zu verringern, sei unverfroren. "Die Beteiligung der Energieversorger am Klimaschutz ist eine Pflicht und nicht verhandelbar", so Frederking.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen erneut Fakten gegen die Atomenergienutzung ins Feld. Frederking: "Sollten die Atomkraftwerke tatsächlich einen maßgeblichen Anteil zur Energieversorgung und zum Klimaschutz beitragen, müsste man die AKW-Zahl weltweit mindestens verzehnfachen (auf etwa 4.000). Das würde bedeuten, 20 Jahre lang müsste jeden zweiten Tag ein neues Atomkraftwerk mit einer Investitionssumme von jeweils fünf Milliarden Euro gebaut werden. Die Uranvorräte würden dann nur noch acht Jahre reichen. Der Rohstoff Uran lagere ohnehin vornehmlich in den Gegenden, von denen Deutschland auch schon beim Öl abhängig ist nämlich in Russland, Usbekistan und Kasachstan.

"Das Uran und die fossilen Energien werden in wenigen Jahrzehnten den Energiebedarf nicht mehr decken können, so dass die erneuerbaren Energien diese Deckungslücke schließen können. Im Endenergieverbrauch haben bereits im Jahre 2005 die Erneuerbaren Energien in Deutschland mit 6,4 Prozent die Atomenergie (6,0 Prozent) überholt", sagte Frederking.

Wer auf die Renaissance der Atomenergie setze, ignoriere erhöhte Risiken - technische Katastrophenherde, Ziele für kriegerische und terroristische Angriffe, Verschärfung der Endlagerproblematik und die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen.

© Landesverband Sachsen-Anhalt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2007

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>